

**Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP, SP, GFL/EVP, AL/GPB-DA/PdA+ (Seraina Patzen, JA!/Cristina Anliker-Mansour, GB/Peter Ammann, GLP/Lena Sorg, SP/Tania Espinoza Haller, GFL/Christa Ammann, AL): Unterstützung für die Beratungsstelle für Sans-Papiers**

In der Schweiz leben schätzungsweise zwischen 90'000 und 300'000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf Baustellen, in Restaurants oder in der Landwirtschaft. Trotz fehlender Aufenthaltsbewilligung stehen ihnen grundlegende Rechte wie das Recht auf obligatorischen Schulunterricht, auf eine Krankenversicherung, auf Heirat oder auf Hilfe in Notlagen zu. Ohne Aufklärung und Unterstützung sowie Begleitung können Sans-Papiers diese Rechte jedoch nicht wahrnehmen.

Hier setzt die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers an: Sie berät Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus und hilft ihnen so, ihre Rechte besser wahrzunehmen. Die Beratungsstelle wurde im Jahr 2005 gegründet und wird von den Landeskirchen, von Kirchgemeinden/Pfarreien, gemeinnützigen Organisationen, sowie von privaten Mitgliedern getragen. Sie führt jährlich um die 2000 Beratungen für Menschen aus über 80 verschiedenen Ländern durch, darunter befanden sich 2014 auch über 100 Familien mit fast 150 Kindern. Die Beratungen finden in vielen unterschiedlichen Bereichen statt. Zu Fragen betreffend Sozial- und Krankenversicherungen, Aufenthaltsstatus und allfällige Legalisierung, Wohnsituation, Heirat, Arbeitsbedingungen oder Einschulungen von Kindern erhalten Ratsuchende Auskünfte und Unterstützung. Wenn nötig übernehmen die Beraterinnen auch Begleitungen zum Beispiel zu Ärzten oder Behörden. Ein Grossteil der Menschen, die die Beratungsstelle aufsuchen, wohnt in der Stadt Bern.

Dass Menschen ohne geregelten Aufenthalt bei uns in der Schweiz und auch in der Stadt Bern leben, ist eine Realität, die nicht mehr verdrängt werden darf. Deren Information, Beratung und Hilfe in Notlagen wäre an sich eine Aufgabe des Staatswesens. Sans-Papiers meiden jedoch in aller Regel den Behördenkontakt aus berechtigter Angst, dass ihre Anwesenheit den Migrationsbehörden gemeldet wird und sie in der Folge aus der Schweiz ausgeschafft werden. Die unabhängige Beratungsstelle ist hingegen eine vertrauenswürdige Stelle für diese Menschen und sie übernimmt in diesem Sinne auch Aufgaben der Stadt Bern. Mit der Verleihung des Integrationspreises an die Beratungsstelle im Jahr 2013 hat die Stadt Bern diese Arbeit schon einmal gewürdigt.

Die Verleihung des Integrationspreises ist ein schönes Zeichen der Anerkennung. Für eine tatsächliche Verbesserung der Situation der Sans-Papiers braucht es aber ein längerfristiges Engagement und damit ein klares Bekenntnis der Stadt Bern, dass allen Menschen, die hier wohnen, ein Leben in Würde zusteht.

Durch eine jährliche Unterstützung des Vereins Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers kann die Stadt Bern zeigen, dass ihr die grundlegenden Menschenrechte aller Menschen wichtig sind – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Sie würde Verantwortung auch für die Menschen übernehmen, die sich politisch nur schwer Gehör verschaffen können. Die MotionärInnen bitten den Gemeinderat deshalb, einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von 20'000 Franken für die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers ins Budget aufzunehmen.

Bern, 29. Oktober 2015

*Erstunterzeichnende: Seraina Patzen, Cristina Anliker-Mansour, Tania Espinoza Haller, Lena Sorg, Peter Ammann, Christa Ammann*

*Mitunterzeichnende: Regula Tschanz, Michael Sutter, David Stampfli, Ingrid Kissling-Näf, Katharina Gallizzi, Christine Michel, Franziska Grossenbacher, Lukas Meier, Annette Lehmann, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Nora Krummen, Marieke Kruit, Benno Frauchiger, Martin Krebs, Stefan Jordi, Yasemin Cevik, Peter Marbet, Katharina Altas, Melanie*

Mettler, Lionel Gaudy, Andrin Soppelsa, Philip Kohli, Hans Kupferschmid, Lukas Gutzwiller, Janine Wicki, Daniela Lutz-Beck, Matthias Stürmer, Patrik Wyss

### **Antwort des Gemeinderats**

Mit der Motion wird verlangt, einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 20 000.00 für die Beratungsstelle für Sans Papiers ins Budget aufzunehmen. Der Beschluss über neue Aufgaben bis zum Betrag von Fr. 300 000.00 liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Der Inhalt der vorliegenden Interfraktionellen Motion betrifft somit inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat begrüsst das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Auch dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass alle Menschen ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus ihre Rechte wahrnehmen können. Er ist sich der Verantwortung gegenüber denjenigen Personen, die sich ohne geregelten Aufenthalt in unserem Land aufhalten, bewusst. So hat er sich auch bereits in der Vergangenheit für die Rechte von Sans Papiers eingesetzt, unter anderem im Bereich des obligatorischen Schulunterrichts oder betreffend den Lehrstellenantritt von Sans Papiers.

Die in der Stadt Bern seit dem Jahr 2005 bestehende Beratungsstelle für Sans Papiers setzt sich für Personen ein, welche aufgrund ihrer spezifischen Situation von vielen Dienstleistungen ausgeschlossen und deswegen besonders verletzlich sind. Viele der Klientinnen und Klienten der Beratungsstelle trauen sich nicht, Angebote zu nutzen, die ihnen auch ohne eine Aufenthaltsbewilligung zustehen. Oder sie wissen nicht, dass sie das Recht dazu haben. Sie kennen teilweise auch die bestehenden Möglichkeiten nicht, ihren Aufenthaltsstatus zu legalisieren. Die Berner Beratungsstelle für Sans Papiers verhilft den Sans-Papiers zu Rechten, die ihnen zustehen; sie informiert sie aber auch über bestehende Pflichten. Durch die Unterstützung der Berner Beratungsstelle für Sans Papiers können sich viele dieser Migrantinnen und Migranten beispielsweise bei einer Krankenkasse versichern lassen, und ihre Kinder können eine Schulbildung oder berufliche Ausbildung erhalten.

Der Gemeinderat erachtet die Arbeit der Beratungsstelle als notwendig und unterstützungswürdig. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat gerne bereit, das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre zu entsprechen, die Beratungsstelle für Sans Papiers mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 20 000.00 zu unterstützen und gestützt auf das Übertragungsreglement (SSSB 152.03) einen entsprechenden Leistungsvertrag mit der Beratungsstelle für Sans Papiers abzuschliessen.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Pro Jahr fallen Kosten von Fr. 20 000.00 an. Dieser Betrag ist im Produktegruppenbudget entsprechend einzustellen. Für das Personal entstehen keine Zusatzkosten; der Gemeinderat geht davon aus, dass Erarbeitung, Verhandlung und Controlling des für diese Unterstützung notwendigen Leistungsvertrags im Rahmen der vorhandenen Personalressourcen möglich sein werden.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 27. April 2016

Der Gemeinderat